



Uli Hoeness Der Steuersünder wird heute wieder Präsident des FC Bayern. Von Thomas Schifferle

König Uli ist zurück

Als Uli Hoeness Anfang 2012 seinen 60. Geburtstag feierte, hielt Karl-Heinz Rummenigge eine schwülstige Rede. Der Vorstandsvorsitzende des FC Bayern München nannte ihn «Vater Teresa» und verglich ihn mit Nelson Mandela.

Eineinhalb Jahre später strebten die Bayern nach dem Gewinn der Champions League. Ihr Präsident dagegen kämpfte bereits gegen den Vorwurf der schweren Steuerhinterziehung.

Im Juni 2014 ging er ins Gefängnis - verurteilt, weil er an der Börse gezockt und Steuern von mindestens 28,5 Millionen Euro hinterzogen hatte.

Da war nun einer tief gefallen, der nicht nur die moralische Instanz des FC Bayern war und auch nicht nur des deutschen Fußballs. Tief gefallen war einer, der in grossen TV-Talkshows Politikern die Leviten gelesen hatte.

Kurz bevor er für 21 Monate im Gefängnis verschwand, hatte er den Mitgliedern seines Vereins allerdings versprochen: «Das war es noch nicht.» Sie applaudierten donnernd.

«Ich war völlig erschlagen, als die Leute minutenlang applaudierten», erinnert sich Uli Hoeness jetzt im Fußballmagazin «Kicker». Heute Freitagabend kehrt er offiziell zurück zum FC Bayern: An der Jahreshauptversammlung wird er zum Präsidenten des Vereins gewählt. Daran gibt es keine Zweifel, zumal er ja der einzige Kandidat ist. Offen ist nur, ob er mit 100 Prozent gewählt wird oder vielleicht noch etwas mehr. Es gibt ebenso wenig Zweifel, dass er im Januar auch auf den Thron des Aufsichtsrates zurückkehrt.

Natürlich stellt sich die Frage: Geht das überhaupt, dass er wieder Präsident sein kann? Und wie ist es möglich, dass ihm unverändert derart zugejubelt wird?

Wahrscheinlich hilft ihm das Barocke, das zum Freistaat Bayern gehört, zum Stammland von Königen, von CSU und Franz-Josef Strauss. Ach, sagen sie hier unbeschwert, wie das ein Fanvertreter in der «Welt am Sonntag» tut, «der Uli hat Mist gebaut, aber warum sollte er für alle Zeiten darunter leiden, einen Fehler gemacht zu haben?» Und gebüsst habe ihr Uli ja auch, im Gefängnis und mit den 49 Millionen Euro, die er an Steuern nachgezahlt hat.

Silvia Schenk, die Expertin der Anti-Korruptions-Organisation Transparency International, rümpft die Nase. Sie sagt, Hoeness tue sich mit der Rückkehr keinen Gefallen.

Aus dem Fussball selbst aber ist nicht eine kritische Stimme zu vernehmen.

Hoeness profitiert davon, dass er bei allem Machtstreben die Basis nie vergessen hat, dass er trotz Shanghai oder New York weiss, wo Rosenheim und Miesbach liegen. Darum rufen die Menschen ihm zu: «Uli, du bist der beste Mann.» Und er verspricht ihnen dafür: «Ich werde diesem Verein dienen, bis ich nicht mehr atmen kann.»

Um 19 Uhr beginnt heute die Versammlung im Audi Dome. Danach gibt es Freibier.

Orchesterkrise Im Tessin und in Luzern soll gespart werden. Das gefährdet auch zwei illustre Kulturzentren. Von Susanne Kübler

Die Leuchttürme leuchten nicht gratis

Die Rotstifte sind gespitzt, da und dort hat man sie schon angesetzt: Die Schweizer Orchester sind unter Druck, manche bangen um ihre Existenz (TA vom 18. und 23. 11.). Gut möglich, dass das Orchestra della Svizzera Italiana (OSI) Ende 2017 zumachen muss, weil die SRG ihren Beitrag an die Grundfinanzierung streicht. Und sehr wahrscheinlich, dass das Luzerner Sinfonieorchester (LSO) ernsthaft ins Trudeln kommt, wenn das Parlament die angedrohte Kürzung der jetzt schon tiefen Subvention beschliessen sollte.

Man kann nun jammern, anklagen, das Ende der Kulturwelt beschwören. Aber man kann sich auch ganz nüchtern fragen, was es denn bedeuten würde, wenn diese Orchester verschwinden oder bis zur Unkenntlichkeit geschwächt würden. Was würde fehlen? Nur ein paar Sinfoniekonzerte? Oder doch mehr?

In Lugano zum Beispiel: Da hat man letztes Jahr mit grossem Brimborium das LAC eröffnet, ein Kunst- und Kulturzentrum, gebaut für 210 Millionen Franken. Von internationaler Ausstrahlung war die Rede bei der Eröffnung, und im Herzstück des Baus, im 1000-plätzigem Konzertsaal, spielte das Orchestra della Svizzera Italiana Beethovens 9. Sinfonie. Schon damals wurden allerdings Bedenken laut, ob man dieses LAC füllen, ob es ein Profil entwickeln könne. Nun, ein Jahr später, kann man sagen: Sollte das OSI als Stammformation wegfallen, kann man das vergessen. Dann wird das LAC nicht mehr sein als ein sündhaft teurer Rangierbahnhof für Tour-Orchester.

Auch das illustre Luzerner KKL wäre ohne Luzerner Sinfonieorchester (LSO) nicht mehr dasselbe. Zwar sorgt hier das Lucerne Festival in

seinen drei Festival-Ausgaben (im Sommer, in der derzeit laufenden Piano-Woche und an Ostern) für Glamour und Publikumsmassen. Aber während des restlichen Jahres ist es das LSO, das dem intendantenlosen Haus eine Identität gibt und die Verantwortung dafür übernimmt, dass das musikalische und programmatische Niveau nicht dem Zufall überlassen wird.

Am Schluss kommt die Rechnung

Es geht also in Lugano wie in Luzern nicht nur um die Zukunft der Orchester, sondern um die Strahlkraft jener kulturellen Leuchttürme, auf die man so stolz ist. Und es geht um den Ruf zweier Kulturstädte, der nur zu retten ist, wenn diese Städte Unverwechselbares bieten. Ob das Progetto Martha Argerich im Tessin oder das Zaubersee-Festival in Luzern: Ohne die lokalen Orchester wären sie nie entstanden. Auch für Schulprojekte, touristisch verwertbare Schwerpunkte oder Splitterveranstaltungen ausserhalb der Konzertsäle sind Gastensembles nicht zu haben.

Das LSO engagiert sich zudem im Luzerner Theater, das unter dem neuen Intendanten Benedikt von Peter mehr den je auch ein Musiktheater ist: Nonos «Prometeo» und der «Rigoletto» in der Viscosi-Halle erregten in letzter Zeit überregionales Aufsehen - und wären undenkbar gewesen ohne ein stabiles Orchester.

Und schliesslich: Jeder aufgelöste oder geschrumpfte Klangkörper bedeutet weniger Perspektiven für die Musikstudierenden, die an den Schweizer Kunsthochschulen nach wie vor die mit Abstand grösste Gruppe ausmachen.

Das alles heisst nun nicht, dass man nicht über die Zukunft, die Ausrichtung, die Finanzierung der Orchester diskutieren soll. Im Gegenteil, man muss darüber diskutieren, möglichst schnell und möglichst breit. Denn die Sparprogramme werden weitergehen, in Lugano und in Luzern ist man nur ein wenig weiter als anderswo. Aber man wird gut daran tun, bei diesen Diskussionen auf die üblichen Ressentiments gegen die «Hochkultur» zu verzichten. Man sollte noch einmal kurz darüber nachdenken, um welche Beträge es geht (500 000 Franken wollen Stadt und Kanton Luzern sparen, dem OSI werden nach dem Rückzug der SRG 2 Millionen fehlen). Und dann hochrechnen, was als Verlust - im Image, in der Substanz und finanziell - resultieren würde. Es könnte sein, dass die Folgen der geplanten Kürzungen drastischer und teurer sein werden, als man sich das vorgestellt hat.

Es geht hier auch um den Ruf zweier Kulturstädte.



Susanne Kübler
Redaktorin Kultur



Ohne Stammorchester wird ein grosses Kulturhaus zum Rangierbahnhof der Tourneen. Foto: Getty Images

Kolumbien Über den zweiten Friedensvertrag wird nicht abgestimmt. Von Sandro Benini

Feigheit vor dem Volk

Es hat doch noch geklappt mit dem Frieden in Kolumbien: Gestern unterzeichneten der Präsident und Friedensnobelpreisträger Juan Manuel Santos und Rodrigo Londoño alias Timoschenko, der Chef der Farc-Guerilla, eine überarbeitete Version des Friedensabkommens. Eine knappe Volksmehrheit hatte die ursprüngliche Fassung am 2. Oktober abgelehnt. Die Hauptkritik der vom ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe angeführten Gegner hatte gelautet: Selbst jene Mitglieder der Farc, die schwere Verbrechen begangen haben, werden laut Abkommen nur symbolisch bestraft. Und die noch zu gründende politische Partei, in die sich die Guerilla umwandeln wird, erhält im Kongress Sitze zugeteilt, ohne sie an der Urne erobern zu müssen.

Der neue Friedensvertrag hat zwar viele Bedenken der Gegner berücksichtigt, ist in den beiden umstrittensten Punkten aber unverändert geblieben. Deshalb müsste noch einmal darüber abgestimmt werden, wie es der erneut unzufriedene Uribe fordert. Wenn das erste Abkommen die Legitimation durch das Volk brauchte, was auch Santos stets betont hatte, gilt das logischerweise auch für das zweite. Stattdessen will der Präsident nur noch den Kongress entscheiden lassen, in dem er über eine sichere Mehrheit verfügt. Das ist zwar legal, weil das Referendum fakultativ ist. Aber es zeugt von Feigheit vor dem Volk. Das Risiko, erneut zu scheitern, scheute Santos - obwohl der neue Vertrag trotz allem gute Chancen gehabt hätte, angenommen zu werden. Denn nach der Ablehnung der ersten Version ist in Kolumbien auch vielen Gegnern bewusst geworden, dass die einzige Alternative letztlich eine Fortsetzung des Krieges wäre.

Nun ist der über fünfzigjährige Konflikt zwischen Staat und Guerilla beendet, doch der Frieden trägt den Makel zweifelhafter Legitimation.

Frauenquote Wieder einmal lässt sich die Wirtschaft Zeit. Von Andrea Tedeschi

Unfreiwillige Quotenfrauen

Keine Firma will sich vorschreiben lassen, ob sie Mann oder Frau einstellt. Es soll nur zählen, wer fähig ist, ins Unternehmen passt, die Erfahrung mitbringt. Das sind Argumente, welche die Wirtschaft gerne vorbringt. Regeln nähmen ihnen die Freiheit, so zu walten, wie sie es für nötig hielten. Das klingt ja plausibel. Denn die Unternehmen sollten selbst verantworten, wohin sie steuern und mit wem sie das tun wollen.

Natürlich haben auch die bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP keine Freude, wenn der Bundesrat börsenkotierten Unternehmen künftig eine Frauenquote vorschreiben will: mindestens 30 Prozent im Verwaltungsrat und 20 Prozent in der Geschäftsleitung. FDP-Ständerat Andrea Caroni etwa sagte diese Woche dem TA, so etwas sei unwürdig. Es könne nicht im Interesse der Frauen sein, ihnen das Etikett der Quotenfrau anzuhängen. Auch er hat recht.

Laut dem neuen Schilling-Report sitzen aktuell in den Verwaltungsräten 16 Prozent Frauen, in Geschäftsleitungen 6 Prozent. Wirtschaftsvertreter signalisieren, sie hätten das Problem erkannt. Der Frauenanteil ist noch immer so klein, dass sich die Frauen unter den vielen Männern selbst schon vorkommen wie Quotenfrauen.

Frauen müssen natürlich in die Teppichetage wollen. Sie müssen den Job aber auch bekommen können. Der Report lässt vermuten, was Zahlen zu Lohnunterschieden schon länger zeigen: Unternehmen sind noch nicht bereit, Frauen genauso wie Männer zu fördern. Schweizer Frauen verdienten im Juni 2016 noch immer ein Fünftel weniger. Wenn die Freiwilligkeit nicht hilft, muss man nachhelfen - zumindest so lange, bis Frauen in der Etage keine Quotenfrauen mehr sind. Wie das geht, zeigt Norwegen. Das Land führte vor zehn Jahren die Frauenquote ein, heute sitzen 47 Prozent Frauen im Verwaltungsrat. Fähige und erfahrene. Geht doch.